

# Bündnis für nachhaltige Stadtentwicklung

## Grundsatzprogramm

Beschlossen am 02.09.2019

### 1 Bürgerbeteiligung

- Für mehr Demokratie, mehr Bürgerbefragungen und die Erleichterung von Bürgerentscheiden, auch bei baupolitischen Themen
- Stadtbezirksräte in allen Stadtvierteln
- Einforderung von mehr Respekt für Bürgerengagement und Ortsratsarbeit
- Beteiligung von Studierenden (Wahl von Beiratsmitgliedern in Ausschüsse)

### 2 Verkehr

- Raserei in Wohnvierteln verhindern, Entschleunigung von Autoverkehr
- Für die Durchsetzung von Tempo 30
- Bessere Ampelschaltungen, länger Grün für Fußgänger, öffentliche Einsicht auf alle Ampelschaltpläne, keine Betelampeln an Kreuzungen, grüne Wellen
- Gegen Straßenausbaubeiträge, insbesondere wenn die Anwohner eine unzeitgemäße Verkehrspolitik mitfinanzieren müssen
- Einhaltung der städtischen Klimaschutzziele von 2015 im Bereich Verkehr
- Radverkehr besser fördern, sichtbare Verkehrswende, Umwidmung von Fahrbahnen (Beispiel Merkelstraße, Friedländer Weg)
- Fuß- und Radverkehr sollen gegenüber Bus- und Autoverkehr bevorzugt werden
- Das Blindenleitsystem muss so umgebaut werden, dass es einheitlich und verlässlich ist
- Bessere Verkehrszählungen einfordern, selber Verkehre zählen als Grundlage für Planungen
- Öffentlichen Nahverkehr verbessern, Nulltarif für ÖPNV als Pilotprojekt, Steuermittel müssen für kostenlosen ÖPNV statt für Subventionierung des privaten Pkw-Verkehrs ausgegeben werden
- Umweltfreundliches Belieferungskonzept für die Innenstadt, Pollersysteme
- Gegen Werbeanlagen an Straßen, die die Sicht behindern oder Verkehrsteilnehmer ablenken
- Für die Einhaltung des Werbeverbots an der Autobahn

### 3 Umwelt

- Für eine stärkere Gewichtung von Umwelt- und Naturschutz
- Wir haben Vorbehalte gegen Asphaltierung und Versiegelung von Flächen (Leinekanal, GVZ, gegen vollversiegelte Parkplätze)
- Entsiegelung asphaltierter Naturwege in der Stadt und im Göttinger Wald
- Schutz von Kleingärten und Grabeland, Grünbereiche sind wichtig für das Stadtklima
- Einrichtung eines messenden Netzwerkes, um eine flächendeckende Luftschadstoffüberwachung zu gewährleisten
- Für Lärmpegelmessungen für einen wirksamen Lärmschutz, Berechnungen müssen durch Messungen überprüft werden
- Hoher Schutzstatus für Wälder und Schutzgebiete, Naturschutz ist meist besser als Landschaftsschutz
- Für mehr Blühstreifen und Strukturen, die für mehr Biodiversität geeignet sind
- Tonkuhlen am Leineberg sollten als Gewässer erhalten werden
- Nachhaltige Waldbewirtschaftung vorzugsweise mit Pferden, statt mit Maschinen
- Schutz von Wasserschutzgebieten (Beispiel Weende)
- Ausgliederung der Unteren Naturschutzbehörde aus dem Baudezernat

### 4 Landwirtschaft

- Bevorzugung von regionaler Bio-Landwirtschaft
- Unterstützung von solidarischer Landwirtschaft
- Wertschätzung und Erhalt landwirtschaftlich genutzter Flächen, gegen Flächenverbrauch
- Förderung von Agro-Biodiversität, für landwirtschaftliche Artenvielfalt

### 5 Energiepolitik

- Für nachhaltige Energiepolitik, langfristige Ablösung von aus Verbrennung (auf Kohlenstoff-Basis) gewonnener Energie

- Energiesparmaßnahmen für Gebäude fördern
- Abschalten der Atomkraftwerke, kein Import von auf Atomstrom basierenden Energieträgern
- Gegen die Anlage von Windkraftanlagen in Wäldern wie im Reinhardswald
- Mehr Förderung von Photovoltaik, auch durch die Stadtwerke
- Kritik an Lichtverschmutzung und anderer zur Schau getragener Energieverschwendung

## **6 Baupolitik**

- Erhalt des historischen Stadtbildes, besserer Denkmalschutz
- Gegen den Abriss von historischen Häusern, für Erhaltungssatzungen
- Das Baurecht ausschöpfen, um Mietpreiserhöhungen einzudämmen (Beispiele Grone, Weende, Immobilienkonzern einschränken)
- Baulücken in der Innenstadt: Bauen ohne Bauleitplanung nach § 34 BauGB nicht mehr genehmigen
- Gegen Filz und Vetternwirtschaft in der Bauwirtschaft (Beispiel Reiterdenkmal)
- Frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung bei Großbauprojekten, Beteiligung von Anwohnern bei Städtebaulichen Wettbewerben
- Respekt vor und Berücksichtigung von Bürgerengagement im Bauplanungssektor
- Gegen investorgesteuerte Stadtplanung
- Für ganzheitliche Planung bei Großbauprojekten, mit integrierten Verkehrsplanungen
- Ausstattung und Sanierung von Schulen muss Vorrang haben vor Prestigeprojekten
- Wohnungsbau, der zum Verlust von wertvollen Grünflächen führt, sehen wir kritisch
- Konsequenz Dach- und Fassadenbegrünungen einfordern (bei fast jedem Bebauungsplan)
- Klimaschneisen respektieren
- Ausweisung von Gewerbegebieten aufgrund des zu hohen Flächenverbrauchs dezimieren
- Für Förderung von Wohnbauprojekten ohne eigenes Auto

## **7 Soziales**

- Sozial ausgewogene Lebensbedingungen sicherstellen
- Bezahlbaren Wohnraum erhalten und fördern
- Leerstehenden Wohnraum für Obdachlose mit kommunaler Hilfe nutzbar machen
- Gültigkeit der SozialCard in allen Bereichen, in denen die Stadt Einfluss auf die Eintrittspreise hat (unter anderem im Nahverkehr)
- Rosdorfer Baggersee: Freigabe als kostenloser Badesee, Hygieneuntersuchung, Toiletten
- Gezielte Förderung und Integration von Geflüchteten
- Gegen die Aushebelung des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes und des Arbeitsrechts
- Wir treten für ein kommunales Modellprojekt ein, das ein bedingungsloses Grundeinkommen testet
- Für eine pluralistische Schullandschaft
- Mehr Sozialarbeit im Jugendbereich, besonders in sozialen Brennpunkten

## **8 Kultur**

- Förderung von kultureller Vielfalt
- Keine Förderung von Prestigeprojekten (Beispiele Kunstquartier, Forum Wissen)
- Gerechte Verteilung städtischer Fördermittel

## **9 Tierschutz**

- Kein Fleisch aus Massentierhaltung in kommunalen Mensen und Kantinen
- Keine Unterstützung von Zirkusunternehmen, die mit Wildtierarten arbeiten

## **10 Wirtschaft und Finanzen**

- Leistungen der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Kontrolle liegen
- Rückführung der städtischen Eigenbetriebe in kommunale Kontrolle, damit diese wieder demokratischen Prozessen unterliegen
- Die privatrechtliche Betriebsstruktur der städtischen Eigenbetriebe (Stadtwerke, GöVB, GöSF, GWG...) soll transparent und Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden
- Keine Maßnahmen, die eine Schwächung des ländlichen Raumes bewirken (Beispiel Großmöbelmarkt-Ansiedlung)
- Bevorzugung von Firmen, die dem Prinzip der Steuergerechtigkeit genügen